

DEN GLOBALEN MIGRATIONSPAKT NUTZEN – MENSCHENRECHTE, ENTWICKLUNG UND BETEILIGUNG VERWIRKLICHEN

Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen an die Bundesregierung



DEN GLOBALEN MIGRATIONSPAKT NUTZEN – MENSCHENRECHTE, ENTWICKLUNG UND BETEILIGUNG VERWIRKLICHEN

Der Globale Migrationspakt (Global Compact for Migration / GCM) ist ein Meilenstein der internationalen Migrationspolitik. Seine Verabschiedung im Dezember 2018 ist gleich in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Während wir hier, wie auch in vielen anderen Ländern der Welt, ein Erstarren rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte erleben und der Multilateralismus zunehmend an Unterstützung verliert, einigt sich die Staatengemeinschaft zum ersten Mal auf eine gemeinsame Vision von sicherer, geregelter und regulärer Migration und formuliert hierfür gemeinsame Leitprinzipien und Ziele. Der Pakt spiegelt grundsätzlich ein rechtsbasiertes und entwicklungsförderliches Verständnis von Migration wider. So bekennen sich die Mitgliedstaaten explizit zu ihrer Pflicht, die grundlegenden Rechte von Migrantinnen und Migranten zu respektieren, zu schützen und zu verwirklichen – unabhängig von ihrem Migrationsstatus. Das Dokument knüpft zudem direkt an die im September 2015 verabschiedete Agenda 2030 an und verweist wiederholt auf den engen Zusammenhang zwischen

Migration und nachhaltiger Entwicklung. Wir begrüßen auch, dass der Pakt partizipativ angelegt ist. Bereits bei der Erarbeitung des Textes wurde ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz verfolgt, der eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft und vor allem auch migrantischer Netzwerke ermöglichte.

In einigen zentralen Punkten ist der Pakt jedoch unzureichend, unterläuft teils sogar bestehende Standards oder auch bewährte Praxis im Umgang mit Migration. Wir bedauern zum Beispiel, dass er in Bezug auf die Nicht-Kriminalisierung von Migrantinnen und Migranten sowie derer, die sie unterstützen, nicht ausreichend überzeugt. Auch werden Fragen nach dem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen für Migrantinnen und Migranten mit irregulärem Aufenthaltsstatus nicht zufriedenstellend geklärt. Schließlich vermissen wir eine formelle Verbindlichkeit in Bezug auf den Pakt, der keinen völkerrechtlichen Vertrag, sondern lediglich einen gemeinsamen Kooperationsrahmen darstellt.

CHANCEN DES PAKTS FÜR DEUTSCHLAND WAHRNEHMEN

Trotz bestehender Lücken sehen wir in dem Globalen Migrationspakt eine wichtige Chance, die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten zu verbessern und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Diese wollen wir auch für die nationale Ebene nutzen. Handlungsbedarf gibt es an vielen Stellen – auch für uns als zivilgesellschaftliche Organisationen. Wir möchten unsere vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen in den Umsetzungsprozess einbringen, um darauf hinzuwirken, die Potenziale des Pakts zu entfalten und Unzulänglichkeiten zu überwinden. So sehen wir uns zum Beispiel in der Verantwortung, in der Öffentlichkeit noch stärker für ein entwicklungsförderliches und positives Verständnis von Migration einzutreten und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung aktiv zu bekämpfen. Zudem wollen wir den Umsetzungsprozess der Bundesregierung begleiten und dabei als zivilgesellschaftliche Organisationen eine Monitoring-Funktion wahrnehmen. Im Folgenden haben wir unsere Erwartungen und Forderungen an die Bundesregierung in Bezug auf die Umsetzungsplanung formuliert:

► **Wir fordern von der Bundesregierung, ein positives Verständnis von Migration zu vermitteln.**

Der Globale Migrationspakt würdigt Migration als gesellschaftliche Normalität und Quelle für Wohlstand, Inno-

vation und nachhaltige Entwicklung. Dieses Verständnis von Migration sollte auch den Geist der Umsetzung prägen und sich in der Gesamtstrategie auf nationaler Ebene widerspiegeln. Ziel deutscher Politik muss es sein, die positiven Wirkungen von Migration zu stärken und nach außen zu vermitteln. Zudem muss auch die Regierung dazu beitragen, den Diskurs über Migration deutlich zu versachlichen und an Fakten zu orientieren. Wir erwarten von der Bundesregierung außerdem ein konsequentes Vorgehen gegen strukturelle rassistische Diskriminierung.

► **Wir fordern von der Bundesregierung, einen entwicklungsorientierten und rechtsbasierten Implementierungsplan für Deutschland zu verabschieden.**

Die Bundesregierung sollte der Empfehlung des Migrationspakts nachkommen und einen konkreten Umsetzungsplan für die nationale Ebene entwickeln. Voraussetzung dafür ist eine systematische und transparente Prüfung der Ausgangssituation. Zu klären ist, welche Strategien, Strukturen und Aktivitäten bereits zur Zielerreichung beitragen oder ihr entgegenstehen. Hier sollten alle relevanten Prozesse wie zum Beispiel der Nationale Aktionsplan Integration, die aktuellen Rückkehrprogramme oder auch das erwartete Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz berücksichtigt werden. Für den Implementierungsplan müssen klare Ziele und Zeit-

vorgaben definiert werden. Auch sollten messbare Kriterien und nachvollziehbare Indikatoren identifiziert werden, anhand derer sowohl der Ist-Zustand als auch der Fortschritt nachvollziehbar bewertet werden können. Inhaltlich muss der Implementierungsplan an der Agenda 2030 sowie an den grundsätzlichen Leitprinzipien des Migrationspakts orientiert sein. Die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten sowie der Herkunftsgesellschaften sind zu berücksichtigen.

► **Wir fordern von der Bundesregierung einen kohärenten Gesamtregierungsansatz.**

Die Ziele des Migrationspakts sind sehr umfassend formuliert. Um sie zu realisieren, müssen viele Politikbereiche zusammenwirken. Es ist daher notwendig, die Umsetzung ressortübergreifend zu organisieren. Zuständigkeiten müssen eindeutig geklärt und in den entsprechenden Ministerien strukturell verankert werden. Wichtig ist zudem, klar definierte Abstimmungsprozesse zwischen den Ressorts zu etablieren. Auch weitere Ebenen wie zum Beispiel Kommunen und Gemeinden müssen bei der Umsetzung einbezogen werden. Kohärent sollte die Bundesregierung zudem nach außen auftreten, indem sie sich auf internationaler Ebene weiterhin für die Umsetzung des GCM einsetzt und andere Länder bei der Umsetzung unterstützt. Wir erwarten zudem, dass sie das Globale Forum für Migration und Entwicklung (Global Forum on Migration and Development / GFMD) als Ort des informellen Austauschs zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft stärkt. Schließlich muss festgelegt werden, wie und von wem die bestehenden und neuen Prozesse innerhalb von Deutschland und im Rahmen seiner internationalen Zusammenarbeit zusammengeführt werden sollen. Aus unserer Sicht ist eine Federführung durch das Bundeskanzleramt sinnvoll.

► **Wir fordern von der Bundesregierung, zivilgesellschaftliche Organisationen in den gesamten Prozess zum Migrationspakt in Deutschland einzubeziehen.**

Der partizipative Charakter des Erarbeitungsprozesses sollte auch ein Leitprinzip für die Umsetzung des Globalen Migrationspakts auf nationaler Ebene sein. Bereits bei der Planung möchten wir, zum Beispiel im Rahmen eines Beraterkreises, eingebunden werden. Gerade auch migrantische und diasporische Vereine sollten darin unterstützt werden, ihre vielfältigen Potenziale sowohl für Deutschland als auch für die Heimatländer weiter zu entfalten. Aufgrund der großen thematischen Bandbreite des Migrationspakts sollten Partizipationsmöglichkeiten auch auf Fachebene angeboten werden, zum Beispiel in Form von Arbeitsgruppen, in denen sich Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen regelmäßig über aktuelle Prozesse und Best-Practice-Erfahrungen austauschen.

► **Wir fordern von der Bundesregierung, regelmäßig über die Fortschritte der Umsetzung des Migrationspakts zu berichten.**

Deutschland sollte sich bei der Überprüfung des Fortschritts auf internationaler Ebene vorbildhaft engagieren. Zudem erwarten wir, dass auch auf nationaler Ebene ein klar definierter Prozess mit regelmäßigen Fortschrittskontrollen stattfindet. Die Ergebnisse sollten mit der Zivilgesellschaft diskutiert werden. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass der gesamte Prozess zur Fortschrittskontrolle transparent und nachvollziehbar gestaltet wird.

► **Wir fordern von der Bundesregierung, die Finanzierung des Umsetzungsprozesses zu sichern.**

Für die Umsetzung des Globalen Migrationspakts müssen von Deutschland ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden – sowohl für die Umsetzungsstruktur auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Zudem sollten auch Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung des GCM unterstützt werden. Schließlich ist auch die partizipative Gestaltung des Umsetzungsprozesses in Deutschland mit Kosten verbunden. Hierfür sollte langfristig ein gesondertes Budget eingerichtet werden.

Das vorliegende Papier ist das Ergebnis eines breiten Konsultationsprozesses innerhalb der deutschen Zivilgesellschaft im Bereich Migration und Entwicklung. Zu den beteiligten Akteurinnen und Akteuren gehören migrantische und diasporische Vereine, entwicklungspolitische, humanitäre und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Stiftungen.

Der Prozess wurde von VENRO koordiniert und ist ein zentraler Bestandteil des Projekts zur Koordinierung der deutschen Zivilgesellschaft im Rahmen des Globalen Migrationspakts und des Globalen Forums für Migration und Entwicklung, das von der Bertelsmann Stiftung unterstützt wird.

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören rund 140 Organisationen an. Die NRO kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungs-

politischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

IMPRESSUM

Herausgeber

**Verband Entwicklungspolitik und
Humanitäre Hilfe deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)**

Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Telefon: 030 263 9299-10
Fax: 030 263 9299-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat, Astrid Müller (VENRO)

Layout: dieprojektoren.de

Berlin, Dezember 2018

Das Projekt zur Koordinierung der deutschen Zivilgesellschaft im Rahmen des Globalen Migrationspakts und des Globalen Forums für Migration und Entwicklung sowie die Erarbeitung dieses Papiers wurden unterstützt durch die

| BertelsmannStiftung